

vajswerk – recherche kunst kollektiv

Gertraudens Kinder

Rechercheprojekt über eine
Dahlemer Schule in der Nachkriegszeit



Erziehung zur Demokratie?

Die West-Berliner Gertraudenschule in den fünfziger Jahren

vajswerk
recherche kunst kollektiv

Impressum

© 2023 Stefan Paul-Jacobs für vajswerk e.V., Berlin

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Grafik von Steffen Ullmann (nach einem Foto aus dem Nachlass Lotte Lasersteins/Berlinische Galerie, das Käte Laserstein und Schülerinnen und Schüler vor der Gertraudenschule zeigt)

vajswerk e.V.

c/o Christian Tietz / Kyllmannstr. 22 / 14109 Berlin

„Gertraudens Kinder“ wurde finanziert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Kultur und Europa für die Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte.

ISBN 978-3-00-077557-4

Bildungspolitik in der Nachkriegszeit

Die fünfziger Jahre werden in der Geschichte der deutschen Bildungspolitik eher vernachlässigt. Sie markieren ein Intermezzo zwischen dem mühsamen Wiederaufbau schulischer Infrastrukturen im zerstörten Nachkriegsdeutschland und dem bildungspolitischen Aufbruch seit Mitte der sechziger Jahre.

„German education has never been democratic“ konstatiert Alonzo Grace, der Leiter der Education and Cultural Relation Division der amerikanischen Militärregierung im Jahr 1948.¹ Aus dieser Analyse ergibt sich der Wille der Besatzungsmächte nach einem radikalen Wechsel in der Schul- und Bildungspolitik, der deutsche Kontinuitäten in der Erziehung der Nachkriegsgeneration brechen sollte. Der Ende der vierziger Jahre beginnende Kalte Krieg im stoppt solche radikalen Reformbemühungen. Die Bildungspolitik in Westdeutschland und Westberlin kehrt zu vermeintlich bewährten Strukturen zurück.

Am Beispiel der Gertraudenschule in Berlin-Dahlem sollen im Folgenden der bildungspolitische Neuanfang und der Übergang zwischen Wiederaufbau und einschneidender Reform des Bildungssystems in Berlin ausgeleuchtet



Amerikanisches Plakat zur Reeducation, um 1947

werden. Der Wiedereinzug der Schule in das alte Gebäude „Im Gehege“ im Jahr 1953 ist ein sichtbares Zeichen für den Wendepunkt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, deren Denken von Rassismus und mörderischer Auslese bestimmt war, ist ein radikaler bildungspolitischer Neuanfang nötig. Ein zentrales Handlungsfeld für die vier Besatzungsmächte, die seit 1945 das ehemalige Deutsche Reich beherrschen, ist die Bildungspolitik. Zwölf Jahre Nationalsozialismus haben tiefe Spuren in der Mentalität der Deutschen hinterlassen.

Die Besatzungsmächte erkannten in der nationalsozialistischen Herrschaft antihumanistische deutsche Traditionen wie Untertanengeist verbunden mit irrationalen völkischen Elementen. Diese verhängnisvollen Linien deutscher Geschichte sollten mit einer neuen, demokratisch geprägten Form der Erziehung bekämpft werden. Adolf Grimme, der niedersächsische Kultusminister, spricht 1946 in einem Vortrag mit dem Titel „Vom Sinn der Erziehung heute“ davon, dass „nicht erst seit der Nazizeit“ in Deutschland der „subalterne“ Menschentyp „hochgezüchtet“ worden sei, ein Typ, der „das ihm Gezeigte und zu tun Befohlene gewissenhaft erledigt, der Untertan somit.“²

Das pädagogische Ziel der neuen Schulform wird in §1 des Berliner Schulgesetzes aus dem Jahr 1947 klar definiert: Es zielt auf die „Heranbildung von Persönlichkeiten, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer Grundlage zustande zu bringen, und welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen“. Unabdingbar für diesen Neuanfang ist eigentlich die Entfernung nazistisch geprägter Lehrer, die weitaus größte Anzahl von ihnen wurde jedoch wieder eingestellt – der größte Makel des bildungspolitischen Neuanfangs.

Die Direktive Nr. 54 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Juni 1947 legt die „Grundprinzipien für die Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland“ fest: „Alle Schulen sollten Nachdruck legen auf die Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischem Lebensstil (democratic way of life) [...] vermittelt des Lehrplans, der Lehrbücher und Lehrmittel und bei der Organisation der Schule selbst“.³ Und für die neue Schulstruktur heißt es sehr konkret: „Alle Schulen für den Zeitraum der Pflichtschulzeit sollten ein zusammenhängendes Bildungssystem (comprehensive educational system) darstellen. Die Abschnitte der Elementarbildung und der weiterführenden Bildung sollten zwei aufeinanderfolgende Stufen der Unterweisung bilden, nicht zwei Wege oder Abschlüsse der Ausbildung [nebeneinander], die teilweise übereinstimmen.“

Die Überlegungen zur Einheitsschule bauen nicht nur auf Erfahrungen der Alliierten mit ihren je eigenen Schulsystemen auf, sondern auch auf schulische Entwicklungen, die bereits in der Weimarer Republik in Deutschland erprobt und zum Teil umgesetzt wurden.⁴ Insbesondere in Berlin gibt es eine Reihe von reformpädagogischen Experimenten, die letztendlich allerdings kaum Eingang in die staatliche Regelschule finden. Auch hier ging es nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Aufbau der Weimarer Demokratie darum, neue Formen der Bildung anzubieten, die dem streng hierarchischen Geist des preußisch-deutschen Kaiserreichs widersprachen. Die Reformbemühungen in den zwanziger Jahren bleiben aber bei vereinzelt Schulversuchen stecken. Zu stark waren noch die Beharrungskräfte aus der Zeit des Kaiserreichs. Viele Lehrer, Politiker und Verantwortliche in der Bildungsverwaltung sind in den 1920er Jahren noch den traditionellen Denkweisen verhaftet. Den neuen fortschrittlichen Kräften gelingt es nur unzureichend, sich gegen diese Kreise zu behaupten.

Der Berliner Weg

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgt das besetzte Berlin den bildungspolitischen Vorgaben der Besatzungsmächte und führt zunächst das Modell der Einheitsschule ein. 1948 wird sie mit den Stimmen der SPD, SED und LDPD umgesetzt.⁵ Das Konzept der neuen Schulform geht auf Überlegungen von Reformpädagogen wie Paul Oestreich und Fritz Karsen zurück, die bereits an den Schulversuchen in der Weimarer Republik beteiligt waren. Ziel war es, das streng gegliederte alte Schulsystem hinter sich zu lassen, in dem schon früh über die Lebenschancen von Kindern entschieden wurde. Spätere Schulwechsel in die weiterführenden Schulen sind äußerst schwierig und werden nicht gefördert. Die klar getrennte Schulstruktur verstärkt das Denken in Klassensystemen. Die Herkunft und soziale Schicht, in der die Kinder großwerden, bestimmen in der Regel die Schullaufbahn.

Die Gertraudenschule in Dahlem ist in ihrer Verfasstheit als Schule für Mädchen noch den Ideen des Schulsystems der Vorkriegszeit verbunden. Die von der Schulverwaltung gewünschte koedukative Erziehung von Mädchen und Jungen wird zunächst nicht eingeführt und erst allmählich und auf äußeren Druck hin umgesetzt.⁶ Damit kommt die Gertraudenschule einer Erwartungshaltung ihrer Klientel nach, die eher bürgerlich-konservativ geprägt war. Im Zehlendorfer Ortsteil Dahlem ist das Klassen- und Elitedenken stärker ausgeprägt als in anderen, proletarisch geprägten Stadtteilen wie im Wedding, in Kreuzberg oder Neukölln.

Erschwerend hinzu kommt bei der Gertraudenschule, dass das unzerstörte Schulgebäude „Im Gehege“, das 1910 erbaut wurde, seit Oktober 1946

zunächst ausschließlich von Kindern von Soldaten und Angestellten der amerikanischen Besatzungsmacht im Südwesten von Berlin genutzt wird.

Der Schulalltag ist daher bis zum Wiedereinzug im Jahr 1953 von Provisorien geprägt. Die Gertrauden-Schule ist zu dieser Zeit in der Luisenstiftung und im Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Berlin untergebracht.

Einen großen Bruch in der Berliner Geschichte, der auch in der Schulpolitik seine Spuren hinterlässt, ist die politische Teilung der Stadt. Sie lässt sich in den westlichen Besatzungszonen an der Währungsreform 1948 festmachen, der Einführung der D-Mark, die die Sowjetunion nicht akzeptieren wollte. Diese reagiert mit der Blockade der Verkehrswege nach West-Berlin. Die westlichen Alliierten aktivieren daraufhin eine Luftbrücke, die die Versorgung West-Berlin sicherstellt und 1949 letztendlich zur Aufhebung der Blockade 1949 sorgt. West-Berlin wird zur „Frontstadt“.

Das Gesetz zur Berliner Einheitsschule wird durch das Zusammenwirken von SPD und SED 1947 unter den Augen der Besatzungsmächte realisiert. Doch spätestens 1948/49, nach der Luftbrücke und der Teilung der Stadtverwaltung in West-Berlin, ist diese Schulform mit dem Stigma eines sozialistischen, sowjetisch orientierten Schulsystems behaftet.⁷ Von konservativen Kreisen des Bildungsbürgertums, den beiden christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, und einem überwiegenden Teil der West-Berliner Presse wurde ein Schulkampf entfacht, der kurz vor den Wahlen im Dezember 1950 seinen Höhepunkt erreicht. Nach den Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950 bildet sich eine große Koalition aus CDU und SPD. Die neue Regierung wickelt die Idee der Einheitsschule ab. Die Revision des Gesetzes zur Einheitsschule wird bereits im Dezember 1950 beschlossen. In der Stadt etabliert sich ein Schulsystem, das sich an den Vorgaben der westdeutschen Länder orientiert. Die neue Stadtregierung im Westen der Stadt argumentiert, dass bei einer damals noch erwarteten und ersehnten Wiedervereinigung des Landes die Anpassungsleistungen im Schulsystem geringer seien. Für den neuen CDU-Schulsenator Tiburtius sollte West-Berlin nach der Spaltung der Stadt ein Vorbild und Spiegel für die neu entstandene Bundesrepublik werden.⁸ Damit wird der gemeinsame Weg in der Schulentwicklung, den alle vier Besatzungsmächte nach Kriegsende mittrugen, durch den aufkommenden Kalten Krieg verlassen. Lediglich die Fritz-Karsen-Schule in Neukölln bleibt als „Schule besonderer pädagogischer Prägung“ trotz der Revision als Einheitsschule bestehen. Fritz Karsen selbst arbeitet seit 1944 im amerikanischen Exil an einem neuen Geschichtsbuch für die Oberstufe des Gymnasiums. Der erste Band wird 1948 veröffentlicht, an den weiteren Bänden hat die deutsche Kultusverwaltung kein Interesse mehr. Fritz Karsen kehrt resigniert in die Vereinigten Staaten zurück. Dieses Beispiel steht für das Dilemma der

Besatzungsmächte, die Schulen in Deutschland demokratisch reformieren zu wollen, die Ausführung aber letztendlich in deutscher Hand lag.⁹

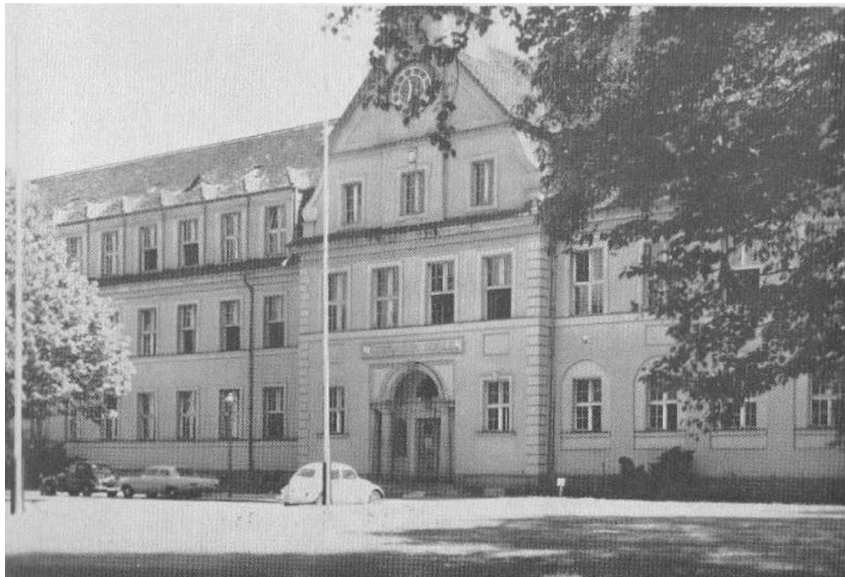
Von der Einheitsschule bleibt nach heftigem Ringen in Berlin im Jahr 1951 im verabschiedeten neuen Schulgesetz nur noch die sechstklassige Grundschule als Regelschule übrig,¹⁰ im Westen Deutschlands wechseln die Schüler:innen bereits nach vier Jahren in die weiterführenden Schulen. In Berlin entwickelt sich Anfang der fünfziger Jahre ein dreigliedriges Schulsystem, das dem westdeutschen Schulsystem ähnelt: Die Oberschule praktischen Zweiges (OPZ) entspricht der Hauptschule, die Oberschule des technischen Zweiges (OTZ) der Realschule und die Oberschule wissenschaftlichen Zweiges (OWZ) dem Gymnasium. Religionsunterricht wird wieder gestattet. Verbindliche Bildungspläne gibt es Anfang der fünfziger Jahre nicht in Berlin. Der wissenschaftliche Zweig der Berliner Oberschulen arbeitet noch nach den Richtlinien für die Höhere Schule Preußens aus dem Jahr 1927.¹¹ In einigen bürgerlichen Bezirken wie Zehlendorf und Wilmersdorf werden ab Klasse 5 sogar wieder altsprachliche Gymnasien zugelassen.

Auf welche Schulformen verteilen sich die Schüler? 1952 besuchen in der Altersstufe von 10 bis 15 Jahren 80% die Volksschule (Hauptschule), knapp 5% die Realschule und nur etwa 10% die höhere Schule (d.h. die OWZs).¹² 1958 gehen dann gut 15 Prozent der Grundschüler auf die höhere Schule in Berlin. Aber nur gut 55 Prozent der Schüler, die 1959 die 7. Klasse dort begonnen hatten, bestehen sieben Jahre später auch das Abitur.¹³ Ein Zeichen für die hohen Leistungsanforderungen, die die Oberschulen wissenschaftlichen Zweiges an ihre Schüler:innen stellen.

Zwischen Reform und Beharrung – Die Gertraudenschule

Diese schulpolitischen Umbrüche müssen auch von der Gertraudenschule bewältigt werden, die als Oberschule wissenschaftlichen Zweiges 1953 in das alte Gebäude zurückkehrt.¹⁴ Sie teilt sich das Gebäude mit einer Oberschule des technischen Zweiges, die 1954 gegründet wurde und die verwaltungstechnisch als 2. OTZ Zehlendorf bezeichnet wurde. Die beiden Schulen nutzen gemeinsam die Fachräume, die Klassen werden getrennt genutzt. Das geht einher mit einer komplizierten Aushandlung der schulischen Infrastruktur. Das betrifft die Nutzung verschiedener Eingänge und unterschiedlicher Klassenräume. Eine personelle Verschränkung gibt es lediglich in Person der Schulsekretärin, die für beide Schulen zuständig ist.¹⁵ Die Oberschule technischen Zweiges ist koedukativ, der wissenschaftliche Zweig bleibt seiner Tradition verhaftet und wird zunächst nur von Mädchen besucht. Später, zu Beginn der fünfziger Jahre, gibt es neben den Mädchenklassen¹⁶ dann auch gemischte Klassen.¹⁷

Das Verhältnis der beiden Schulen ist nicht konfliktfrei. Das entzündet sich besonders an der Namensgebung der beiden Schulen, die sich das Gebäude teilen. Die Direktorin Julia Gaßner, die seit 1951 die Oberschule wissenschaftlichen Zweiges leitet, das Kollegium und die Eltern sehen sich in der Tradition der alten Gertraudenschule, die bis 1945 die einzige Höhere Mädchenschule in Zehlendorf war.¹⁸ Sie wurde 1911 gegründet, hieß seit 1914 Gertraudenschule und wird in der Weimarer Republik (1929 in 16 Klassen mit 27 Lehrerinnen und Lehrern) fortgeführt



Gertraudenschule, 1960er Jahre

Lehrer:innen und Elternvertreter:innen wünschen sich nach der Wiedereröffnung der Schule am früheren Ort, dass sich die Oberschule des technischen Zweiges einen eigenen Namen geben sollte, um eine Unterscheidbarkeit der unterschiedlichen Schulformen sicher zu stellen. Der Direktor des technischen Zweiges weist dieses Ansinnen brüsk zurück und betont die Nutzung des gemeinsamen Gebäudes über dessen Haupteingang der Name „Gertraudenschule“ prangt. Es passe nicht in die neue, von Demokratie geprägte Zeit, die Unterschiede zu betonen, die Zeiten der Schulen für „höhere Töchter“ seien endgültig vorbei.

Was für eine Schule war die Gertraudenschule in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren? Eine elitäre Schule, die ihre Eigenheiten gegen egalisierende Tendenzen schützt, oder eine Schule, die ihre Schüler,

d.h. überwiegend ihre Schülerinnen, auf eine demokratische Gesellschaft vorbereitet?

Der Befund fällt nicht eindeutig aus: Wenn man den zahlreichen Zeitzeugeninterviews mit Schüler:innen der Gertraudenschule in fünfziger und sechziger Jahren folgt, hat man es mit gymnasialen Erfahrungen zu tun, die den Erfahrungsberichten anderer Gymnasien, nicht nur in Berlin, sondern auch in Westdeutschland ähneln. Es wird von einem hohen schulischen Druck mit einer starken Leistungsauslese berichtet, die einhergeht mit dem Bewusstsein (insbesondere bei den Abiturientinnen), etwas Außergewöhnliches geschafft zu haben. Dieses Bewusstsein hat den weiteren Lebensweg geprägt. Die Zeitzeuginnen sprechen von Strenge und einem starken hierarchischem Denken, eine Nähe zu den Lehrer:innen gab es nicht und war offenbar von den meist weiblichen Lehrkräften, die meist unverheiratet waren (von „alten Jungfern“ ist die Rede), nicht gewünscht. Das fiel auch einer amerikanischen Austauschschülerin auf, die „the utter absence of a good studentteacher relationship“ bemerkte.

Dieser „konventionelle“ Blick der Schülerinnen auf ihre Schule differenziert sich allerdings mit Blick in Publikationen und Archivalien der Schule. Dort wird deutlich, dass die Schule eine Vielzahl von Angeboten für Schüler:innen bereithält, die die Schule doch nicht so durchschnittlich erscheinen lassen.

Eine besondere Rolle spielt der „Brennpunkt Berlin“. Berlin als Frontstadt des Kalten Krieges lässt auch die Schüler:innen im vermeintlich idyllischen Dahlem nicht kalt. Es sind die großen politischen Kundgebungen vor dem Reichstag, die für das freie Berlin werben, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der nicht nur die junge DDR in ihren Grundfesten erschüttert, die zahlreichen Kontakte nach Ost-Berlin und in die „Zone“, die Politik unmittelbar erfahrbar machen und sich in konkretem Handeln niederschlagen. In den Dokumenten ist vom Päckchenversand an Familien in der DDR die Rede, ein „Ostzonenkind“ wird nach Dahlem eingeladen.¹⁹ Feierstunden zum Gedenken an den 17. Juni 1953 werden von der Schülermitverwaltung ausgerichtet. Es gibt mehrere Reiseberichte über Aufenthalte in Ost-Berlin und Potsdam, die das für Westberliner Schüler:innen bedrückende Alltagsleben beschreiben. Ein Autor der Schülerzeitung „Klingelzeichen“ befürchtet nach den schwachen Reaktionen der westlichen Alliierten und der Bundesrepublik auf den Mauerbau, dass der Westen der Republik West-Berlin aufgeben könne.

Dazu kommen ausführliche fachliche Exkursionen innerhalb Berlins im Rahmen des sogenannten „Arbeitsunterrichtes“, den der Bildungsplan für OWZs seit 1954 vorschreibt. So wird ein Besuch beim Bausenat von Berlin beschrieben, bei dem im Rahmen einer Busrundfahrt auch über die

Stadtentwicklung informiert wird. Auch lange Klassenfahrten (14 Tage) nach Westdeutschland sind Teil des Schullebens.

Diese besondere Berliner Form der politischen Bildung, die die alltägliche politische Praxis in der geteilten Stadt in den Unterricht einbezieht, beschäftigt auch einen westdeutschen Politikwissenschaftler, der im Auftrag der Universität München 1955 einen vergleichenden Reisebericht vorlegt, in dem er den Stand der politischen Bildung in den westdeutschen Ländern und West-Berlin dokumentiert.

Er stellt für West-Berlin fest, dass es dort kein eigenes Fach „Staatbürgerkunde“ bzw. politische Bildung gibt, sondern dass diese Aufgabe dem Geschichtsunterricht zugeteilt wird, der diese Anforderung aber schon aus zeitlichen Gründen nur unzureichend erfüllen kann. Er konzidiert aber, dass sich gerade in Berlin die politische Bildung oft auf eigene Erfahrungen in der Stadt bezieht, was für die politische Prägung und Bildung nicht zu unterschätzen sei.²⁰

Das Defizit in der historisch-politischen Bildung wird auch von den Schüler:innen gesehen. Die Schülerzeitung der Gertraudenschule berichtet, dass ein Geschichtslehrer an einem einjährigen zeitgeschichtlichen Lehrgang teilnehmen soll. Der Schüler, der die Meldung verfasst, sieht diese Maßnahme skeptisch, weil damit der grundsätzliche Mangel an Geschichtsstunden nicht behoben sei.²¹

Diese Einschätzung von Berlin als wichtigem Faktor für die politische Bildung wird auch von der Schuldirektorin Julia Gaßner bestätigt. Nach der Rückkehr an den alten Schulstandort beschreibt sie in einer für diesen Anlass herausgegebenen Publikation das „Grundgesetz der Schule“:

„Es ist unser Bestreben, unsere Schülerschaft an den materiellen und geistigen Nöten unserer Zeit Anteil nehmen zu lassen, indem wir sie auf den Weg über die Schülerelbstverwaltung zu aktivem Einsatz im sozialen Leben anspornen. Alle „Gegenwartskunde“ bleibt ja nur zu leicht im Theoretischen stecken und dringt nicht in das Herz des Jugendlichen nachhaltig ein, wenn sie nicht auf eigener Anschauung beruht und vor allem unmittelbar zu aktivem Einsatz anfeuert. Berlin bietet seit Jahren wie kein anderer Ort der Erde reiche Möglichkeiten zu solchem Anschauungsunterricht, weil hier der Jugendliche die politischen Geschehnisse in ihrer Auswirkung auf menschliche Einzelschicksale nicht durch Lesen und Hören erfährt, sondern augenfällig und drastisch erlebt, und so wird wahrscheinlich das, was die Gertraudenschule anstrebt, in mehr oder minder großem Umfang auf alle Westberliner Schulen zutreffen. Denn sie würden sich eines wichtigen Erziehungsfaktors begeben [evtl. Druckfehler, vermutl. „berauben“], wenn sie die jugendliche Erlebnisfähigkeit und den jugendlichen Tatendrang nicht in diese politisch-sozialen Bahnen leiteten. Besonders Mädchen sind für

diese Art von Gegenwartskunde stets aufgeschlossen, während sie manchmal weniger Lust anzeigen, sich theoretisch mit Weltpolitik und ihren Hintergründen zu befassen.“²²

Die aktive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit fällt dagegen offenbar bescheiden aus. Zur Woche der Brüderlichkeit schickt die Schule 1959 einen Blumenstrauß an ein jüdisches Altersheim, was zu einer Einladung an die Schule führt. Es wird berichtet, dass die „alten Leute“ über ihr Leben erzählen. Das Fazit des Schülers Christoph Herzog aus der 9. Klasse über den Besuch im Altersheim ist bemerkenswert: „Ich glaube, daß wir damit ein wenig von der Schuld sühnen können, welche unser Volk in früheren Jahren den Juden angetan hat.“²³ Ein Jahr später, im Frühjahr 1960, ist in der Schülerzeitung ein Aufruf des Vereins für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu lesen, der anlässlich einer epidemischen Zunahme von Hakenkreuzschmierereien in Westdeutschland entstand. Dort heißt es, dass die „Bekämpfung von Vorurteilen aus rassistischen und religiösen Vorstellungen [...] eine erzieherische Arbeit von großer politischer Bedeutung [ist], wie das Echo der Welt zum Wiederauftauchen nazistischer Hetzparolen gezeigt hat.“ Gefordert wird ein aktives Eintreten „für die Überwindung der letzten Überbleibsel einer bitteren und unwürdigen Vergangenheit.“²⁴

Eine Schülerin erinnert sich daran, dass ein Konzentrationslagerfilm im Unterricht ohne vorherige Vorbereitung gezeigt worden wäre.²⁵ Möglicherweise handelt es sich um den Film „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais, der seine deutsche Erstaufführung am 1. Juli 1956 im Capitol Cinema in West-Berlin im Rahmen der Filmfestspiele Berlin hatte. Das Kino lag in der Nähe der Gertraudenschule in der Thielallee.

Solche Beobachtungen und Eindrücke, die sich auf eine Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts beziehen, sind jedoch rar gesät. Hauptaugenmerk für die Beschäftigung mit Politik und Geschichte ist die Rolle Berlins im Kalten Krieg. Auf die Diktatur Hitlers folgt die von Ulbricht in der DDR. Die Schüler positionieren sich entlang des politischen Mainstreams in West-Berlin, d.h. als Vorkämpfer bzw. Verteidiger der Freiheit des Westens.

Schülermitverwaltung und Schulpartnerschaft

Eine wichtige Rolle spielt seit Kriegsende die Schülermitverwaltung (SMV) an den Berliner Schulen, die schon im September 1945 eingeführt wird. Die Festschrift der Gertraudenschule betont die Rolle der Schülermitverwaltung im Jahr 1959 folgendermaßen: „...die von einzelnen Klassen gewählten Vertreter der SMV [sind sich] bewußt, daß sie wenigstens zu einem

bescheidenen Teil dazu beitragen können und müssen, daß sich jeder Schüler und jede Schülerin dem Ganzen, eben der Schule, in echt demokratischer Weise einzuordnen lernt und daß jeder seine Pflichten unserer Gemeinschaft gegenüber zu tragen lernt.“²⁶ Die Aufgaben der SMV waren vielfältig. Sie sind einerseits organisatorischer Natur, wie die Vorbereitung von Wanderungen und Studienfahrten. Politische Aktivitäten beschränken sich auf die Unterstützung von Gedenktagen, wie dem 17. Juni oder beispielsweise die Präsentation von Materialien, wie die kleine Ausstellung „Der deutsche Osten“ zeigt. Abgesandte Schüler der SMV der Gertraudenschule sind im Berliner Schülerparlament zu finden, das vom "Rundfunk im Amerikanischen Sektor" (bekannter als RIAS), der von den Amerikanern und Briten in Berlin betrieben wurde, besonders gefördert wird.

Wie das obige Zitat über die Rolle der Schülermitverwaltung zeigt, ist das Miteinander an der Schule in den fünfziger Jahren stark geprägt von einem Zusammenwirken der Schüler- und der Lehrerschaft, um die Schule am „Laufen zu halten“. Es ging weniger darum, Rechte und Teilhabe einzufordern, wie das verstärkt in den sechziger Jahren der Fall war. Typisch für diese Form der Schülermitverwaltung scheint ein Erfahrungsbericht einer Berliner Mädchenschule zur Schülermitverwaltung zu sein: „Bei uns waren die sozialen Verhältnisse der Ausgangspunkt. Als in den Notzeiten in der Schule alles Mögliche verteilt wurde, erwies es sich als ungemein nützlich, wenn die Klassen- oder auch die Schulsprecherin helfend eingriff. Wir waren auch stets beglückt darüber, in welcher feinen Weise die Mädchen diese doch nicht ganz einfache Aufgabe übernahmen. Seither ist die Mitverwaltung der Schülerinnen immer weiter ausgebaut. Sie trägt wesentlich zur Aufrechterhaltung der Disziplin bei, hilft bei der Aufsicht und übernimmt eine Fülle von kleinen Verwaltungsaufgaben in Sammlungen, Bibliotheken und vor allem bei den freien Lernmitteln, wo es den Schülerinnen selbst oft besser als uns Lehrern gelingt, dafür zu sorgen, daß auch dieses geliehene Gut sorgsam behandelt wird.“²⁷

Ein anderes wichtiges „Pfand“ für die Gertraudenschule ist der Kontakt zu einer amerikanischen Partnerschule, der seit 1947 besteht und der das Schulleben bis zum Ende der Schule 1966 prägen sollte: Der Austausch mit der „George-School“, eine Quäkerschule im Bundesstaat Pennsylvania, beginnt mit der Versendung von Hilfspaketen durch die Amerikaner. Bereits 1949 geht die erste Austauschschülerin aus Berlin in die USA. 1950 kommt die erste Schülerin aus den USA. Die deutschen Schüler:innen leben im Internat der Schule, die amerikanischen Austauschschüler sind bei deutschen Familien untergebracht.²⁸ Nur ein kleiner Teil der Schüler:innen ist aktiv an diesem Austausch beteiligt, aber sowohl die Austauschschüler der Gertraudenschule wie auch der Schüler der amerikanischen Partnerschule sind ausdrücklich dazu angehalten, in verschiedenen Foren

über ihre Erfahrungen im anderen Land, an einer anderen Schule zu berichten. 1962 berichtet ein Schüler von seinem neunmonatigen USA-Aufenthalt: „Daß ich dennoch kein Amerikaner geworden bin, entspringt meinem Gefühl für die Nutzlosigkeit, sich einer bestimmten Nationalität unterwerfen zu wollen. Auch einen Deutschen mag ich mich nur noch mit Zögern nennen. Nicht woher der Mensch kommt, sondern was der Mensch ist, zählt, wenn man vorurteilslos denken will.“²⁹

Es wird aber auch Kritik daran geübt, wie einförmig diese Partnerschaft an die Schülerschaft vermittelt wird. 1962 wird ein Podium kritisiert, bei dem Austauschschüler:innen die Gelegenheit haben, sich und ihr Tun vorzustellen. Anstatt aber etwas über den Alltag als Austauschschüler:innen zu erzählen, würden die Gäste lediglich über die unterschiedlichen Schulsysteme in ihren Ländern referieren.³⁰

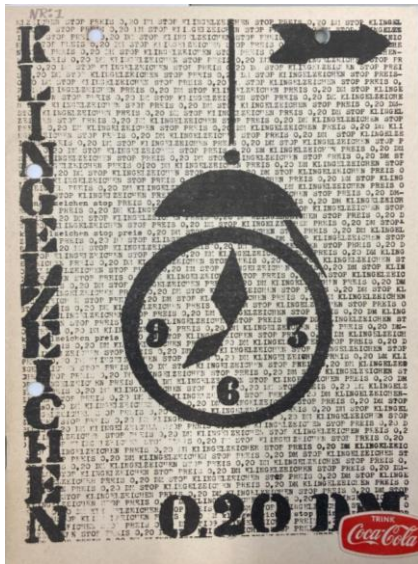
Aus der Partnerschaft mit der amerikanischen Schule entwickelt sich 1950 eine weitere Aktivität, sogenannte sechswöchige workcamps, wo sich Schüler:innen von der Gertraudenschule, einer weiteren Schule aus Westdeutschland und der amerikanischen Partnerschule an verschiedenen Orten in Europa treffen, um Freiwilligenarbeit in Form von Arbeitseinsätzen zu leisten. Es steht aber auch viel Zeit zur Verfügung, sich über politische, kulturelle und gesellschaftliche Fragen auszutauschen.³¹ Einen interessanten Einblick in Diskussionen, die damals zwischen den Schüler:innen aus Berlin, Westdeutschland und den USA geführt wurden, gibt ein Bericht in der Schülerzeitung „Klingelzeichen“ über ein Treffen auf Schloß Falkenburg in der Nähe von München im Jahr 1960: „Vor allem wurde sehr viel diskutiert: über Marxismus, Kommunismus, die französische Algerienpolitik, die deutschen Ostgebiete, Antisemitismus, das Negerproblem in Amerika etc. [...] Wir haben aus diesem camp alle etwas sehr Wesentliches mitgenommen: Wir haben gelernt, die Art eines jeden Volkes anzuerkennen und nicht als falsch oder schlechter zu betrachten, sondern eben als anderes; und wir haben gelernt, die fremde Denkart zu verstehen, und dass man versuchen muss, diese langsam der eigenen anzunähern. Und wir haben noch eines in diesen Ferien erkannt: Völkerverständigung ist nur ein großes Wort. Es gibt zwischen den Ländern wirklich viele Probleme und Missverständnisse, die nur durch den persönlichen Kontakt beseitigt werden können.“ Die Gertraudenschule stellt 1958 sechs Schüler für dieses Programm ab. Diese Öffnung der Schule zur Welt hat die Teilnehmer an diesen Programmen nachhaltig geprägt, auch wenn nur ein kleiner Teil der Schüler:innen der Gertraudenschule dieses Angebot wahrnehmen konnte und wollte.

Dazu kommen zahlreiche sportliche und kulturelle Angebote: Am Wannsee verfügt die Schule über ein Schülerbootshaus, wo gerudert wird. Herauszuheben auch ist das reichhaltige Schultheaterprogramm, das an der Schule umgesetzt wird. Die Stückauswahl ist sehr breit, der Einsatz

mehrerer engagierter Lehrer:innen wird in den Schülerzeitungen immer wieder lobend erwähnt. Dazu kommen zahlreiche Hausmusikabende.

Schülerzeitung „Das Klingelzeichen“

Ein wichtiges Organ des Schullebens ist die Schülerzeitung „Das Klingelzeichen“. Hier schreiben engagierte junge Menschen, wenn auch eine vielleicht nicht repräsentative Auswahl von Schülerinnen und Schüler, die sich für ihre Schule, aber auch für aktuelle gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen interessieren. Insgesamt geben ein Drittel der wissenschaftlichen Oberschulen in Berlin regelmäßig erscheinende Schülerzeitungen heraus.³² Das „Klingelzeichen“ an der Gertraudenschule wird erstmalig 1956 herausgegeben. Fünf Ausgaben erscheinen im Jahr.³³ Die Schülerzeitung hat eine Auflage von 300 Exemplaren und kostete 10 Pfennig, man kann also davon ausgehen, dass ein großer Teil der Schüler:innen das Blatt liest.



Klingelzeichen, Februar 1962

Bemerkenswert sind die redaktionellen Richtlinien, mit denen die Zeitung aufmacht: „REDAKTION: Sie kann nur durch einstimmigen Beschluß einen Chefredakteur absetzen. [...] ARTIKEL: Sie dürfen niemals die Persönlichkeit eines Menschen verletzen, aber sie sollen ehrlich sein, so daß der Berichtstatter sie immer mit seinem Namen vertreten kann.“ Eine

Lehrerin unterstützt die Ausgabe der Zeitung und redigiert die Texte. Ein Dauerthema ist das fehlende freiwillige Personal für die Mitarbeit an der Schülerzeitung. In einem Artikel über den Gründer der Schülerzeitung heißt es: „Allerdings wird sich seine Zuversicht und Hoffnung auf die Mitarbeit der Schüler kaum erfüllt haben, wie dieser Punkt ja auch einer der größten Probleme der jetzigen Redaktion ist und wohl auch für immer bleiben wird.“³⁴

Blättert man die unterschiedlichen Ausgaben der Zeitung durch, fällt die Vielfalt der Artikel auf. Der Kalte Krieg ist stets präsent. Artikel über die „Ostzone“ und die Lebensbedingungen dort, erscheinen regelmäßig. Im Sommer 1960 erscheint sogar eine Art Sonderheft zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. Dort heißt es programmatisch: „Dieses Heft soll dazu beitragen, dem Vergessen entgegenzuarbeiten und in Euch den Willen zur Wiedervereinigung von Ost und West zu stärken.“ Im selben Heft wird auch eine Fahrt eines Schülers durch den „Ostsektor“ Berlins geschildert. Regelmäßig wiederkehrende Artikel gibt es über den Schüleraustausch mit der George School. Die amerikanischen Austauschschüler schreiben zum Teil in Englisch über die Erfahrungen während ihres Aufenthaltes in Berlin. Ständiges Thema sind die Treffen im workcamp in den Sommerferien. Harsch kritisiert wird immer wieder auch das geringe Interesse an deren Arbeit.

Auch mit zeitgenössischen literarischen und philosophischen Entwicklungen setzen sich die Redakteur:innen kritisch auseinander. Im Dezemberheft 1960 liest ein Schüler aus der 11. Klasse ausführlich Jean Paul Sartre und urteilt kritisch: „Im Ergebnis scheint mir Sartre ein recht unbequemer Anhänger Moskauer Parteidoktrin zu sein. Er ist zweifellos Individualist und gewohnt, als solcher zu denken. Bedauerlich ist nur, daß solche Menschen, die „schmutzige Hände“ charakterisieren, helfen können, daß schmutzige Hände mehr werden und wirken können.“³⁵ Im Februarheft 1962 ist sogar ein längerer Ausschnitt aus Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ abgedruckt. In diesem Jahr beginnt auch ein Artikelaustausch mit der Münchener Schülerzeitung „Agora“. Den Kontakt hatte die Chefredakteurin des „Klingelzeichens“ bei einer Veranstaltung der Jungen Presse Berlin hergestellt, die den Münchener Presseklub mit einer Gruppe von Schülerzeitungsredakteure:innen eingeladen hatte. Über Jahre hinweg gibt es auch eine gut geschriebene Jazzkolumne.

Das Schulleben an der Gertraudenschule erscheint für die interviewten Zeitzeug:innen also weitgehend „normal“ zu sein, der Blick in die Quellen erweitert jedoch den Horizont. Statistisch gesehen fällt besonders die hohe Anzahl von Lehrerinnen an der Schule ins Auge, sozusagen ein Überbleibsel der ehemaligen Mädchenschule. Nur für sehr wenige Lehrerinnen gibt es offenbar vertiefte menschliche Sympathien. Der vorherrschende Ton ist streng und sachlich. Die Schule ist keine Reformschule, sondern ein eher

konventionelles Mädchengymnasium (mit einer vorsichtigen Öffnung hin zu einer koedukativen Schule) mit einem eher konservativ orientierten Lehrkörper, der zu wesentlichen Teilen aus Frauen bestand, die offenbar auch untereinander wenige kollegiale Kontakte pflegten.

Es gibt vereinzelte Hinweise, was die Schülerinnen nach ihrem Abitur gemacht haben. Eine Aufstellung des Abiturientinnenjahrgangs von 1951 stellt fest, dass von 19 Abiturientinnen vierzehn ein Studium aufgenommen hätten: Fünf studieren Naturwissenschaften, vier Sprachen, eine Volkswirtschaft, eine wird Lehrerin an einer „Steiner-Schule“ (vermutlich ist damit eine Walldorf-Schule gemeint), einige folgen einer musisch-künstlerische Ausrichtung (Zeichenlehrerin, Bühnenbildnerin, Musikstudium, Schauspielerin), zwei beginnen eine kaufmännischen Ausbildung, eine Abiturientin wird Krankenschwester in England und eine arbeitet im „Senatsdienst“ als Referentin. Die Aufzählung schließt mit der Beobachtung: „Und noch eines scheint mir für uns alle charakteristisch zu sein: wir alle haben den Wunsch, wenigsten für eine gewisse Zeit einmal der Enge Berlins zu entfliehen und etwas von der Welt kennenzulernen“.³⁶ Für den Jahrgang 1953 findet sich folgender Befund: Acht Schülerinnen haben geheiratet, zehn studiert, unter anderem Philologie, Jura, Nationalökonomie, Pharmazie und Veterinärmedizin. Mehr als die Hälfte geht ins Ausland, drei von ihnen heiraten dort. Von einer Abiturientin heißt es, dass sie 1953 die Auszeichnung „Beste Krankenschwester des Jahres“ in England erhalten habe.³⁷

Das Ende

Das Ende der Schule kündigt sich zu Beginn der sechziger Jahre an. Mehrere geburtenschwache Jahrgänge lassen nur noch eine Anfängerklasse in der siebten Klasse zu. Die Konkurrenz zur nächsten höheren, allerdings koedukativen Schule, dem Arndt-Gymnasium, macht sich bemerkbar. In einem freundlichen „Nachruf auf die Gertraudenschule“ des Arndt-Gymnasiums im Jahr 1966 werden Versäumnisse der ursprünglichen Mädchenschule in der Nachkriegszeit offengelegt: Die Gertraudenschule „war hier [in Dahlem] etwas fremd geworden. Die inzwischen erfolgte behördliche Einführung der Koedukation hatte zur Folge, daß wohl Eltern ihre Töchter zur Aufnahme bei der Arndt-Schule anmeldeten, obwohl sie nach ihrer Vergangenheit eine Jungenschule war, aber nicht umgekehrt auch ihre Söhne bei der Gertraudenschule, der früheren Mädchenschule. Damit setzte eine von Jahr zu Jahr wachsende Verringerung der Schülerschaft ein.“³⁸ Offenbar verlor die Gertraudenschule ihren Ruf als „Mädchenschule“ nicht bzw. wollte ihn auch nicht in den neuen (koedukativen) Zeiten abgeben.

Die Schülerzahl sinkt dramatisch von 350 Schüler:innen im Jahr 1959 auf 193 im 1963.³⁹ Seit 1964 gibt es keine Neuaufnahmen von Schüler:innen mehr.⁴⁰ Auch in der Schülerzeitung hinterlässt das nahende Ende der Schule seine Spuren. Der Artikel „Nichts los“ benennt die Misere der Schule schonungslos: „Es gibt wohl keine Schule in Westberlin, die sich mit der Gertraudenschule in bezug auf die Anzahl der Schüler, die während des letzten Halbjahres fluchtartig abgingen, messen kann. Man braucht gar nicht einmal genaue Zahlen zu nennen, denn das Bild, das sich bei Schülervollversammlungen bietet, spricht für sich. [...] Im Dezember 1963 wurden die Eltern unserer Schüler vor die Frage gestellt: Befürworten Sie ein Weiterbestehen der Schule auch unter folgenden Bedingungen: 1. Keine Neuaufnahme von 7. Klassen, 2. Einsetzung von Lehrern des Arndt-Gymnasiums? Diese Frage wurde von etwa zwei Dritteln der Eltern bejaht, d.h. sie erklärten sich damit einverstanden, die Schülerzahl nicht zu verringern und ihre Tochter oder ihren Sohn bis zum Abitur unsere Schule besuchen zu lassen.“ Viele dieser Zusagen seien aber nicht eingehalten worden, die Schule sei als unattraktiv empfunden worden. Und weiter: „Es sei bei uns nichts mehr los... Diejenigen, die das behaupten, übertreiben nicht einmal. An dieser Tatsache sind gewiß auch unsere Lehrer zum Teil schuld.“⁴¹ Als Beleg wird der Ausfall des Sommerfestes im Jahr 1963 benannt, das gegen den Willen der Schüler:innen nicht stattgefunden habe.

1966 endet die Geschichte der Gertraudenschule. Anfang März 1966 wird das letzte Abitur von sieben Mädchen und einem Jungen abgenommen. Die verbliebenen Lehrer:innen und die vier noch bestehenden Klassen werden auf drei Schulen aufgeteilt. Das Arndt-Gymnasium übernimmt eine Abiturklasse und vier Lehrer:innen. Im Nachruf auf die Gertraudenschule heißt es, dass die „Schwester“-Schule, die im selben Jahr wie das Arndt-Gymnasium als Knabenschule gegründet wurde, „einen ganz korrekten, schon lange heranschleichenden Behördentod erlitten [hätte]. Schließung aus Mangel an Schülerinnen und Schülern.“⁴²

Stefan Paul-Jacobs

¹ Vgl. Sonja Levsen, *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945-1975*. Göttingen 2019, S. 42.

² Zit. n. Levsen, *Autorität*, S. 54.

³ Zit. n. Levsen, *Autorität*, S. 49.

⁴ Vgl. den Ausstellungskatalog des Museums Neukölln: Schulreform — Kontinuitäten und Brüche Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln: Band I 1912 bis 1945. Hg. v. Gerd Radde u.a. Berlin 1993.

⁵ Vgl. Karl-Heinz Füssl / Christian, Kubina Zeugen zur Berliner Schulgeschichte (1951-1968), Berlin 1981, S. 7.

⁶ So lag der Anteil der koedukativen Klassen in den OWZs 1957 erst bei 73,1%. Vgl. Vgl. Füssl / Kubina, Restauration, S. 53.

⁷ Vgl. Zeugen Berliner Schulgeschichte, S. 31.

⁸ Der Berliner Bildungssenator Tiburtius äußert dazu 1956 pointiert: „Solange Berlin noch nicht wieder politische Hauptstadt sein kann, muß es sich bemühen, diese Position wenigstens auf kulturellem Gebiet zurückzugewinnen. Das Fundament einer fruchtbaren Kulturpolitik ist ein gesundes Schulwesen. Es ist eine Tatsache, daß Berlin bei der Lösung schulpolitischer Probleme bereits heute an der Spitze der freien deutschen Länder steht.“ Zit. n. Füssl / Kubina, Restauration, S. 199.

⁹ Vgl. Hilde Schramm. Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux. 1882 – 1959. Nachforschungen, Reinbek 2012. Unter: <https://www.rowohlt.de/doralux> [abgerufen am 16.11.2023] findet sich der fünfte Exkurs zum Buch: Zur Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts in Nordbaden nach nach 1945, S. 63f.

¹⁰ Vgl. Zeugen Berliner Schulgeschichte, S. 22.

¹¹ Zit. n. Füssl / Kubina, Restauration, S. 47.

¹² Vgl. Wolfgang Klafki, Die fünfziger Jahre – eine Phase schulpolitischer Restauration. Zur Schulpolitik und Schulentwicklung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, in: Dieter Bänsch, Die fünfziger Jahre, Tübingen 1985, S. 136.

¹³ Vgl. Füssl / Kubina, Restauration, S. 248.

¹⁴ Am 22. Juni 1953 wurde das Schulgebäude durch die Amerikaner übergeben, am 26. Juni begann der Unterricht.

¹⁵ Ein Porträt der Schulsekretärin Magdalena Meuser, Jg. 1904, die seit 1927 an der Gertraudenschule ist und 1962 verabschiedet wird, findet sich in der Schülerzeitung „Klingelzeichen“; Ausgabe Oktober 1962, S. 3.

¹⁶ Vgl. Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Gertrauden-Schule Berlin-Dahlem 11. September 1959, S. 16.

¹⁷ Vgl. Schulchronik Weismann

¹⁸ Vgl. Dania Annike Dittgen, West-Berliner Lehrerinnen zwischen Kontinuität und Neuanfang. Weibliche Berufstätigkeit an wissenschaftlichen Oberschulen in den 1950er Jahren. Berlin 2016, S. 196.

¹⁹ Vgl. Schulschrift Gertraudenschule Dahlem. Schwarz auf weiß, Sommer 1953, S. 8.

²⁰ Vgl. Thomas Ellwein, Pflügt die Schule Bürgerbewusstsein? München 1955.

²¹ Vgl. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Frühjahr 1960, S. 11.

-
- ²² Zit. n. Schulschrift Gertraudenschule, S. 3.
- ²³ Zit. n. Festschrift 1959, S. 68.
- ²⁴ Zit. n. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Frühjahr 1960.
- ²⁵ Vgl. Interview mit Renate Henning, am 20.3.2023.
- ²⁶ Zit. n. Festschrift 1959, S. 76.
- ²⁷ Zit. n. Ellwein, S. 99.
- ²⁸ Vgl. Festschrift 1959, S. 70 - 75.
- ²⁹ Zit. n. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Oktober 1962.
- ³⁰ Vgl. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Nr. 2, Juni 1962, S. 6.
- ³¹ Vgl. Schulschrift Gertraudenschule, S. 4.
- ³² Vgl. Ellwein, S. 101.
- ³³ Vgl. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Dezember 1960.
- ³⁴ Zit. n. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Herbst 1960.
- ³⁵ Zit. n. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Dezember 1960, S. 11f u. S. 29-33.
- ³⁶ Zit. n. Schulschrift Gertraudenschule, S. 6.
- ³⁷ Vgl. Festschrift 1959, S. 40.
- ³⁸ Zit. n. Dahlemer Blätter. Aus Schule und Heim der Arndt-Schule, Nr. 1, 1966, S. 2.
- ³⁹ Vgl. Zeitungsartikel v. 13.12.1963.
- ⁴⁰ Vgl. Protokoll der Gesamtkonferenz vom 23.1.1964, in: Gesammelte Protokolle der 2. OTZ-Dahlem / 1955 – 1966.
- ⁴¹ Zit. n. Schülerzeitung Klingelzeichen, Ausgabe Dezember 1964, S. 4f.
- ⁴² Vgl. Dahlemer Blätter 1966, S. 1.

Bildnachweise

- Titelblatt Grafik von Steffen Ullmann nach einem Foto aus den 1950er Jahren.
- S. 3 Haus der Geschichte, Bonn [EB-Nr.: 1994/04/0331]
- S. 8 Dahlemer Blätter. Aus Schule und Heim der Arndt-Schule, Nr.1, 1966, S.3.
- S. 14 Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF), Berlin

„Erziehung zur Demokratie“ so lautet eine zentrale Forderung der Besatzungsmächte an die Deutschen im besiegten Land. Nach dem Geschichtstheater im Klassenzimmer und dem Hörstück „Gertraudens Kinder“ wird in diesem Essay beschrieben, wie diese Forderung an der Gertraudenschule umgesetzt wird.



Das Lehrerkollegium an der Gertraudenschule, um 1959

Von links oben: Herr Schober(?), Dr. Jacobsen (Latein, Französisch), Frau Grießbach (Biologie, Erdkunde), Frau Dr. Quadfasel (Deutsch, Geschichte), Frau Schubert (Deutsch, Französisch), Herr Cascorbi(?), Frau Meuser (Sekretariat), Frau Dr. Laserstein (Deutsch, Englisch), Frau Dr. Kunigh (Deutsch, Geschichte?), Frau Lunkwitz (Deutsch?, Latein) /oder: Frau Frömmel (Französisch).

von links unten: Herr Cleff (Chemie?, Mathe, Physik), Frau Rosemann (Sport Mädchen, Handarbeit), Frau Koppe (Mathe, Physik), Herr Dr. Schmieder (stellv. Direktor: Deutsch, Geschichte, Religion, Latein), Frau Gaßner (Direktorin), Frau ??, Frau Ilona Gerds (Musik), Herr Bildau (Sport, Englisch, Geschichte).